

Abgeordnetenhaus **BERLIN**

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Arbeit und Soziales

40. Sitzung

19. September 2024

Beginn: 09.06 Uhr

Schluss: 12.14 Uhr

Vorsitz: Herr Abg. Lars Düsterhöft (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird vertreten durch Frau Senatorin Kiziltepe (ASGIVA), Herrn Staatssekretär Bozkurt (SenASGIVA) und Herrn Staatssekretär Landero (SenASGIVA).

An der Sitzung nimmt Herr Abg. Wapler (GRÜNE) als zuständiger fachpolitischer Sprecher seiner Fraktion teil. Er erhält das Rederecht gemäß § 25 Abs. 6 Satz 1 GO Abghs.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses übertragen (Bild und Ton) und eine Aufnahme nachträglich auf der Website der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wird.

Der Vorsitzende gestattet den Medienvertreterinnen und -vertretern die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen nach Artikel 44 Absatz 1, Satz 2 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 4 Abs. 3 und Abs. 2, Satz 2 der Hausordnung der Präsidentin vom 17. März 2023.

Dem Ausschuss liegt die Einladung mit Tagesordnung vom 9. September 2024 vor.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Im Vorfeld der Sitzung wurden zwei Fragen schriftlich eingereicht:

- „Was sind die konkreten Gründe für das Scheitern der von der Senatsverwaltung geplanten bürger*innenfreundlichen Ausgabe des Berechtigtenausweises und welche

weiteren Schritte sind hierzu geplant (neben der Festsetzung der sogenannten Übergangslösung als neue Dauerlösung)?“

(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

- „Der Senat hat auf seiner Sitzung am 10. Oktober 2023 beschlossen, den ermäßigten Verkaufspreis für das Berlin-Ticket S bis zum 31. Dezember 2025 zu verlängern. Hält sich der Senat an seinen eigenen Beschluss und kann er der Stadtgesellschaft zusagen, dass das Sozialticket S bis mindestens Ende 2025 für 9 Euro erhältlich sein wird?“

(Fraktion Die Linke)

Nach Beantwortung der Fragen und Nachfragen durch Frau Senatorin Kiziltepe (ASGIVA) und Herrn Staatssekretär Bozkurt (SenASGIVA) wird Punkt 1 der Tagesordnung für die heutige Sitzung abgeschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Frau Senatorin Kiziltepe (ASGIVA) berichtet und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder (siehe Inhaltsprotokoll).

Der Ausschuss schließt Punkt 2 der Tagesordnung für die heutige Sitzung ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten aus der
Ukraine in Berlin**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0177](#)
ArbSoz

Hierzu: Anhörung

Die Mitglieder des Ausschusses verständigen sich einvernehmlich auf die Anfertigung eines Wortprotokolls.

Herr Abg. Dr. Pätzold (CDU) begründet den Besprechungsbedarf für die antragstellenden Fraktionen.

Herr Staatssekretär Landero (SenASGIVA) nimmt einleitend Stellung.

Es werden angehört und beantworteten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Frau Dr. Kseniia Gatskova – wissenschaftliche Mitarbeiterin des Forschungsbereichs Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit
- Frau Katja Karger – Vorsitzende des DGB Bezirk Berlin-Brandenburg
- Frau Anastasiia Maksymova – Teamleiterin "Hidna Pratsya" (Gute Arbeit) des Berliner Beratungszentrums für Migration und Gute Arbeit (BEMA) bei Arbeit und Leben e.V.
- Herr Dr. Christian Pfeffer-Hoffmann – Geschäftsführer von Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung

Frau Dr. Gatskova ist zu dem Tagesordnungspunkt digital zugeschaltet.

Im Rahmen der Aussprache nimmt Herr Staatssekretär Landero (SenASGIVA) erneut Stellung und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss an die Aussprache beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Besprechung zu Punkt 3 der Tagesordnung zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0196](#)
Berliner Fachkräftestrategie – aktueller Sachstand ArbSoz
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, die Besprechung zu Punkt 4 der Tagesordnung aus zeitlichen Gründen zu vertagen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0168](#)
Drucksache 19/1496 ArbSoz
Drittes Gesetz zur Änderung des Berliner WiEnBe(f)
Ladenöffnungsgesetzes KultEnDe

Herr Abg. Wapler (GRÜNE) begründet den Antrag zu Punkt 5 der Tagesordnung für die antragstellende Fraktion.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Antrag – Drucksache 19/1496 – wird abgelehnt.

(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE bei Enthaltung LINKE und AfD)

Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD	0194
Drucksache 19/1756	ArbSoz
Deutsch- und Fachsprachkurse zur Unterstützung für Berlins Azubis	BildJugFam(f)

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass ein Änderungsantrag (Anlage) der Koalitionsfraktionen der CDU und der SPD zum Antrag – Drucksache 19/1756 – eingereicht wurde und als Tischvorlage vorliegt.

Herr Abg. Meyer (SPD) begründet den Antrag zu Punkt 6 der Tagesordnung sowie den Änderungsantrag zum Antrag – Drucksache 19/1756 – für die antragstellenden Fraktionen.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen der CDU und der SPD wird angenommen.

(einstimmig mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD)

Der Antrag – Drucksache 19/1756 – wird mit den zuvor beschlossenen Änderungen angenommen.

(mehrheitlich mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD)

Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste (41.) Sitzung findet am Donnerstag, dem 10. Oktober 2024, 9.00 Uhr statt.

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Lars Düsterhöft

Lisa Knack

19.09.2024

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum

**Antrag Drs. 19/1756
der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Deutsch- und Fachsprachkurse zur Unterstützung für Berlins Azubis**

Der folgende Satz:

Bei privaten staatlich anerkannten Berufsschulen sollen solche Kurse gefördert und durch Fördermittel zum Beispiel über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) finanziert werden.

Wird neu gefasst:

Bei **staatlichen und** privaten staatlich anerkannten Berufsschulen sollen solche Kurse gefördert und durch Fördermittel zum Beispiel über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) finanziert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Fraktion der CDU

Fraktion der SPD